

[REDACTED]

Von: bgm-buero@steyr.gv.at
Gesendet: Montag, 7. Februar 2022 11:25
An: [REDACTED]
Betreff: AW: "Spaziergänge" am Sonntag

[REDACTED]

Im Auftrag von Hrn. Bürgermeister Ing. Markus Vogl darf ich Ihnen mitteilen: Vorab möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Anfrage bedanken. Ich kann den von Ihnen formulierten Unmut sehr gut nachvollziehen. Glauben Sie mir, es geht mir nicht gut, wenn mir Bürgerinnen und Bürger mitteilen, dass Sie sich in unserer schönen Stadt nicht mehr wohlfühlen. Es ist eine Mischung aus Wut und Ohnmacht mit der man zurückgelassen wird. Ohnmacht, weil es aus juristischer Sicht derzeit nicht möglich ist gegen die sogenannten Spaziergänge bzw. Versammlungen vorzugehen. Die rechtliche Expertise sagt heute folgendes aus:

Bei der Abhaltung einer Kundgebung, Demonstration, Manifestation etc. handelt es sich – rechtlich – nicht um eine Veranstaltung, sondern um eine Versammlung iSd. Versammlungsgesetzes 1953, BGBl. 98/1953 (WV) in der geltenden Fassung. Solche Versammlungen sind in einer Demokratie (grund-) rechtlich besonders geschützt, um etwa auch Interessengemeinschaften, welche politisch nicht oder wenig repräsentiert sind, die Ausübung der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung oder auf Versammlungsfreiheit gewähren zu können. Diese Grundrechte sind insbesondere auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention vorgesehen und stehen in der österreichischen Rechtsordnung auch verfassungsrechtlich abgesichert.

Insbesondere aus diesen Gründen sind Versammlungen grundsätzlich auch gar nicht genehmigungsfähig, sondern können nur unter ganz engen gesetzlichen Kriterien untersagt bzw. allenfalls auch vor Ort aufgelöst werden. Ein solcher Grund wäre etwa, sofern sich in der Versammlung gravierende strafrechtliche Vorfälle (etwa Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, „Randale“ uäm.) ereignen würden.

Zudem kommt der Stadt Steyr als Gebietskörperschaft und Behörde dbzgl. keinerlei gesetzliche Zuständigkeit zu; eine allfällige Untersagung oder Auflösung fällt in die Zuständigkeit der Landespolizeidirektion Oberösterreich.

Aufgrund der unbefriedigenden rechtlichen Situation habe ich gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Linz, Klaus Luger, eine Pressekonferenz zum Thema „Gesetzesänderung gegen willkürlichen Missbrauch der Versammlungsfreiheit unbedingt erforderlich“ abgehalten. Öffentliche Sicherheit und Aufrechterhaltung der Ordnung müssen für die Verantwortungsträger unbedingt rechtlich gestärkt werden. Ich bin täglich mit dem Unmut der Vielen konfrontiert und ich werde nicht müde, mich dafür stark zu machen.

Freundliche Grüße

[REDACTED]

Magistrat Steyr | Büro des Bürgermeisters
A 4400 Steyr | Stadtplatz 27

[REDACTED]

www.steyr.gv.at

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: <https://www.steyr.gv.at/datenschutz>

UID ATU39244108 | Aufsichtsbehörde pA Amt der Oö. Landesregierung | 4021 Linz, Landhausplatz 1

Von: [REDACTED]

Gesendet: Montag, 31. Jänner 2022 07:51

An: bgm-buero@steyr.gv.at

Betreff: "Spaziergänge" am Sonntag

bgm-buero@steyr.gv.at

[]

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich ersuche eindringlich, endlich gegen die unerträgliche Belästigung, welche durch die (mittlerweile über 50) "Spaziergänge" am Sonntag stattfinden, vorzugehen.

Es ist einfach unglaublich, welche Freiheiten diese Individuen in Anspruch nehmen, wenn sie stundenlang trommelnd und schreiend durch die Innenstadt ziehen. Begleitet durch eine erhebliche Anzahl von Polizeikräften und dies alles offenbar "illegal" da nicht behördlich genehmigt.

Als Bürger der Stadt Steyr und Anrainer in der [REDACTED] bin ich wirklich entsetzt, wie dieser Mob, der die Spielregeln der Demokratie nicht kennt und sicht- und hörbar auch nicht beachtet, geduldet wird.

Wo soll denn das noch hinführen?! Ist es wirklich schon zu dulden, dass, wenn nur eine ausreichend große Anzahl von Ignoranten grölend und schreiend sämtliche Normen und Regeln außer Kraft setzt - die Polizei und Politik - nur auf die Notwendigkeit durch "Nichteingreifen" - nicht noch weiter zur Eskalation beitragen zu wollen, verweisen kann.

Ich erwarte mir von verantwortungsvoller Politik endlich ein rasches und entschlossenes Vorgehen gegen diese asozialen Aktionen!